

Sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher,
Sehr geehrte Frau Zweite Bürgermeisterin Katharina Fegebank,
Sehr geehrter Herr Senator Jens Kerstan,

Hamburg, den 03. Januar 2022

Wir begrüßen es außerordentlich, dass sich der Klimabeirat des Senates Hamburg bereits wenige Wochen nach der Aufnahme der aktiven Arbeit mit ersten Empfehlungen zu Wort gemeldet hat.

Wir freuen uns, dass er in weiten Teilen mit unseren Bewertungen übereinstimmt, wie wir sie – zusammen mit vielen anderen Organisationen – am 16. September 2021 in unserem gemeinsamen Brief an Sie zum Ausdruck gebracht haben. <https://germanzero-hamburg.de/gemeinsamer-brief/>

Dies gilt insbesondere für die Frage der Definition von Restbudgets an CO₂ bzw. anderen Treibhausgasen, die Hamburg nur noch verbrauchen darf, um das gemeinsame Ziel, die Erderwärmung auf 1,5° C zu begrenzen, auch tatsächlich nicht zu verfehlen. Und natürlich müssen diese Restbudgets dann auch zeitnah überprüft und beobachtet werden, um ggf. im eigenen politischen Handeln umsteuern zu können.

Wir freuen uns, dass der Klimabeirat viel Mühe darauf verwandt hat, die Punkte aus dem Koalitionsvertrag der Ampel auf Bundesebene herauszusuchen, von denen Hamburg profitieren kann. Auch hat der Klimabeirat erfreulicherweise eine ganze Reihe von Quick-Wins in seinem Paket benannt, die ohne lange Investitions- oder Planungsphase schnell umgesetzt werden und damit schnell Einsparpotential heben könnten! So im Bereich Mobilitätswende, aber auch bei der Wärmewende und Gebäudeeffizienz oder der Klimaanpassung!

Im Bereich Wirtschaft erläutert der Klimabeirat die Forderung nach einer „Suffizienzstrategie“. Auch wir fordern in unserem gemeinsamen Brief einen „Paradigmenwechsel“ vor dem Hintergrund der Frage, wie ein sozial gerechter, grundlegender Wohlstand innerhalb der planetaren Grenzen ermöglicht werden kann. Wir unterstützen deshalb ausdrücklich diese Forderung des Klimabeirates.

Allerdings fehlen uns auch einige wesentliche Punkte wie z.B. der explizite Hinweis sowie entsprechende Empfehlungen zur zwingend notwendigen Sozialverträglichkeit der klimapolitischen Maßnahmen. Dazu – wie auch zu anderen wichtigen weitergehenden Forderungen – verweisen wir auf den beigefügten gemeinsamen Brief vom 16. September 2021.

In diesem Zusammenhang empfehlen wir auch, die Formulierungen zum Wohnungsneubau zu überdenken. Selbst wenn es richtig ist, dass sich der Bedarf an Wohnraum in Hamburg in den kommenden Jahren geringer entwickelt als bisher angenommen, so besteht doch ein deutlicher Nachholbedarf an günstigem Wohnraum. Wenn weniger Neubau vorgesehen werden sollte, so muss sich diese Reduzierung ausschließlich auf den freifinanzierten Wohnungsneubau, bzw. Einzel- oder Reihenhäuser beziehen. Und freierwerdende Baukapazitäten sollten unbedingt in die Sanierung gelenkt werden!

Aus unserer Sicht bleibt der Klimabeirat hinter seinen Möglichkeiten zurück, wenn er es bisher anscheinend versäumt, die Dringlichkeit der Maßnahmen deutlich zu machen. Europa, Deutschland, aber eben auch Hamburg sind mit ihren Plänen und Zielen noch weit von einem realistischen 1,5°-Pfad entfernt. Und jeder Monat, der vergeht (und erst recht jedes Jahr) macht es schwieriger, einen realistischen Pfad zu entwickeln und umzusetzen!

Deshalb wäre es wichtig, dass Senat und Bürgerschaft bei der Überarbeitung des Klimaschutzgesetzes und des Klimaplanes endlich in einen **Krisenmodus** umschalten und schneller handeln. Insbesondere die vom Klimabeirat empfohlenen Quick-Wins sind bereits in 2022 zu diskutieren, zu entscheiden und umzusetzen – und das gilt natürlich auch für andere mehrheitsfähige, effektive Maßnahmen.

Mit besorgten Grüßen

GermanZero Hamburg

